

Inhalte und Personen sind Gradmesser

Liebe Genossinnen und Genossen,

das sehr gute Wahlergebnis der SPD in Hessen und der Einzug der Partei „Die Linke“ in mehrere Landesparlamente stellt unsere Partei vor schwierige Entscheidungen. In dieser Diskussion ist daher Sachlichkeit, Selbstbewusstsein und eine Orientierung an unseren politischen Inhalten das Gebot der Stunde. Als Beitrag dazu verstehe ich den Beschluss, den Parteivorstand und Parteirat getroffen haben.

Im Prinzip hat der Beschluss bestätigt, was seit langem für Entscheidungen über Formen der Zusammenarbeit mit anderen Parteien in den Ländern galt: dass das vor Ort entschieden wird. Das bedeutet Freiheit und Verantwortung. Denn natürlich wird jeder Entschluss in den Ländern auch unter bundespolitischen Gesichtspunkten gesehen. Mit einer Politik nach dem Motto „Hartz IV muss weg!“, außenpolitischen Vorstellungen, die Deutschland eher isolieren als zum einflussnehmenden Partner machen, wohlklingenden Forderungen, die einen Finanzbedarf von bis 150 Mrd. Euro jährlich auslösen und einer politischen Auseinandersetzung, die die SPD zum Hauptgegner erklärt, lässt sich nur schwerlich eine verlässliche Politik gestalten. Und natürlich geht es auch um die handelnden Personen, ihre Integrität und politische Glaubwürdigkeit. Inhalte und Personen sind die Gradmesser für verlässliches Regieren. Die Maßstäbe für deren Beurteilung finden wir bei uns selbst: in unserem Programm, unserer Politik und unserem Selbstverständnis.

Die Politikwissenschaft unterscheidet drei Kriterien für gute Politik: Realitätsnähe, Langfristigkeit und den Erhalt gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Alle drei Kriterien erfüllt unser Hamburger Programm mit seinem Konzept von Nachhaltigkeit, Teilhabe und Chancengleichheit unter Bedingungen einer globalisierten Welt. Die Linkspartei dagegen hat Schwierigkeiten mit jedem der Kriterien. Dies gilt, gerade auf der Bundesebene, für Außen-, Sicherheits-, Finanz-, Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik.

Und man kommt nicht umhin, auch die für die sozialdemokratische Identität zentrale Frage nach dem Verhältnis der handelnden Personen zur Geschichte zu stellen. Es geht nicht allein um sogenannte Schnittmengen, die Programme scheinbar nahe legen - und auch nicht nur um Forderungen, die sich zwar

schön anhören, sich im Ernstfall aber als „Wunschzettelpolitik“ entpuppen, die allenfalls zum Träumen taugt. Um eine gerechte Politik in die Tat umzusetzen, braucht es Gestaltungswillen und Verlässlichkeit. Oppositionsabsicht und Skandalisierungspolitik sind keine Basis. Die Art, mit der die Linkspartei ihre Listen für DKP-Mitglieder öffnet, spiegelt insofern nicht nur die inhaltliche Beliebigkeit der Partei wieder, sondern offenbart auch ihre inneren Widersprüche.

All die strategischen Argumente, die aktuell diskutiert werden, sind deshalb nicht grundsätzlich falsch. Aber um sie zu beurteilen, müssen wir uns zuerst fragen: Was wollen wir? Und wie können wir das am Besten erreichen, auf einem Weg, auf dem gesellschaftlicher Zusammenhalt, internationale Kalkulierbarkeit sowie die Handlungsfähigkeit der Partei erhalten bleiben? Unser Programm, unsere Politik, unsere Personen auf allen Ebenen geben darüber Auskunft. Hinter unserem Eintreten für eine gerechte Gesellschaft, die jedem seine Chance einräumt, für eine nachhaltige Wirtschaft, die für die Menschen da ist, für ein verlässliches Deutschland in einem sozialen Europa, müssen wir uns wahrlich nicht verstecken. Mit viel mehr Selbstbewusstsein hinsichtlich unserer Programmatik, unserer Regierungsarbeit in den letzten 10 Jahren und deren Erfolge sollten wir die Debatte führen. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Konkurrenz kritisch zu bewerten - fürchten müssen wir sie nicht!

Es geht um die Wählerinnen und Wähler, darum, die Interessen von Arbeitnehmern, Gewerkschaften, verantwortungsbewussten Unternehmern sowie ökologisch und liberal gesinnten Bürgern zu bündeln und politische Antworten zu formulieren, die sich umsetzen lassen und die Gesellschaft zusammenhalten. Die linke Volkspartei, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität steht, sind wir. Für dieses Gesamtbild stehen wir und sollten wir selbstbewusst werben. Dafür arbeite ich und kämpfe ich mit Euch bei den anstehenden Kommunalwahlen und unserer Landrätinnenwahl im Kreis Segeberg sowie der Bürgermeisterinnenwahl in Bargteheide!

Herzlich grüßt
Euer




Franz Thönnies, MdB

IN DIESER AUSGABE:

AKTUELLES

- 2 Kurz notiert
- 3 Bessere Pflege hilft Millionen Menschen

THÖNNES IN AKTION

- 3 Im Gespräch mit Personalräten
- 4 Konservative Mehrheiten brechen
- 5 Gut gefüllte (Lohn)tüten
- 5 Ostseenotizen
- 6 Werben für die Wehren

VERMISCHTES

- 7 „10 Words — 10 Wörter“

ZU GUTER LETZT

- 6 1785 Gäste aus der Region
- 6 Kontakt
- 6 Reden
- 6 Termine
- 6 Impressum

www.thoennes.de



KURZ NOTIERT

AUSBILDUNGSBONUS FÜR JUGENDLICHE



Am 20. Februar hat das Bundeskabinett auf Vorschlag von Olaf Scholz die Einführung eines „Ausbildungsbonus“ beschlossen, der benachteiligte Jugendliche im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf unterstützen soll. Ziel der Initiative ist, bis 2010 etwa 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Der „Ausbildungsbonus“ wird Arbeitgebern gewährt, die zusätzliche Ausbildungsplätze für förderbedürftige Altbewerber schaffen. Gefördert werden Bewerber, die maximal über einen Realschulabschluss verfügen, bereits seit mehr als zwei Jahren vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen oder individuell benachteiligt sind. Je nach der monatlichen Vergütung der Jugendlichen wird der Bonus als einmaliger Zuschuss in Höhe von 4.000 (Vergütung bis 500 Euro), 5.000 (500 bis 750 Euro) oder 6.000 Euro (über 750 Euro) gezahlt. Darüber hinaus soll die Betreuung der Jugendlichen durch die Stärkung von Patenschaftsprogrammen, den Ausbau sozialpädagogischer Begleitung sowie eine intensivere Berufsberatung verbessert werden.

Bundesarbeitsministerium und Bundesagentur für Arbeit haben einen Vorschlag zur Neuregelung der Trägerschaft beim ALG II vorgelegt. Aus Arbeitsgemeinschaften sollen demnach „**kooperative Jobcenter**“ werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2007 geurteilt, dass Kommunen und Arbeitsagenturen ihre Aufgaben in der Grundsicherung eigenverantwortlich wahrzunehmen hätten.

„Kooperative Jobcenter“ wären eigenverantwortliche Geschäftseinheiten innerhalb der lokalen Arbeitsagenturen mit eigenem Geschäftsführer und weitgehenden Entscheidungsspielräumen bei der lokalen Arbeitsmarktpolitik. Sie sollen gewährleisten, dass Arbeitssuchende auch künftig gute und verzahnte Dienstleistungen unter einem Dach erhalten.

Ziel ist, die Erfahrung und Fachkenntnis sowohl der Kommunen als auch der Agenturmitarbeiter im Sinne verlässlicher und zügiger Vermittlung in Arbeit zu nutzen. Den kommunalen Mitarbeitern der Arbeitsgemeinschaften sollen deshalb Übernahmeangebote mit Beschäftigungs- und Vergütungssicherheit gemacht werden. Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtetag haben den Vorschlag positiv bewertet.

KOOPERATIVE JOBCENTER



FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Trägerübergreifendes Persönliches Budget

Vielen Menschen mit Behinderung muss ein selbstbestimmtes Leben erst ermöglicht werden. Seit 1. Januar 2008 trägt in Deutschland dazu der Rechtsanspruch auf das „**Persönliche Budget**“ bei.

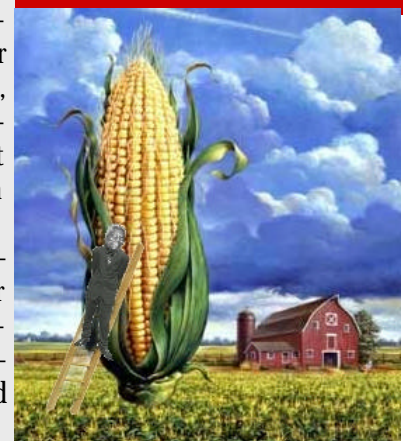
Mit dem Persönlichen Budget können Leistungsempfänger auf Antrag anstelle von Dienst- oder Sachleistungen zur Teilhabe eine Geldleistung wählen, um daraus jene Aufwendungen zu bezahlen, die ihr persönlicher Hilfebedarf erfordert. So können behinderte Menschen den „Einkauf“ der Leistungen eigenverantwortlich regeln – als Expertinnen und Experten in eigener Sache entscheiden sie selbst, welche Hilfen für sie am besten sind und welcher Dienst oder welche Person zu dem von ihnen gewünschten Zeitpunkt eine Leistung erbringen soll.

Der Bundestag hat am 25.1.2008 ein neues **Gentechnikgesetz** beschlossen. Die Novelle regelt den Anbau von gentechnisch verändertem Mais, erleichtert die Forschung und führt eine Kennzeichnung für gentechnikfreie Lebensmittel ein.

Zukünftig muss beim Anbau von Genmais ein Mindestabstand von 150 Metern zu konventionellem sowie 300 Metern zu Ökomais eingehalten werden. Im öffentlichen Standortregister ist zudem – via Internet – für jeden einsehbar, wo genveränderte Pflanzen wachsen. Bauern, deren Ernte verunreinigt wird, haben weiterhin Anspruch auf finanziellen Ausgleich. Geschlossenen Anlagen, von denen kein Risiko ausgeht („weiße Gentechnik“), wird die Arbeit erleichtert. Für Produkte, die weder gentechnisch veränderte Organismen enthalten noch damit hergestellt wurden, wird die Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ eingeführt.

Die SPD hat sich gegen die Union, die eine deutliche Lockerung erreichen wollte, durchgesetzt und das Gentechnikrecht im Sinne der Verbraucher weiterentwickelt. Obwohl 80% der deutschen Verbraucher angeben, gentechnikfreie Produkte kaufen zu wollen – und gentechnisch veränderte Pflanzen noch kaum verbreitet sind – mangelte es bisher an der nötigen Transparenz. Die schafft jetzt die Kennzeichnungsregelung. Auch Umwelt- und Verbraucherverbände loben die Lösung als praxisnah und verbraucherfreundlich.

GENTECHNIKGESETZ BESCHLOSSEN



Bessere Pflege hilft Millionen Menschen



Die jetzt endgültig verabredete Pflegereform verbessert die Lebenssituation für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Sie hilft, dass Menschen auch im Pflegefall so weit wie möglich so leben und wohnen können, wie sie es gerne möchten.

Die Pflegereform bringt bessere Leistungen. Pflegebedürftige bekommen bessere ambulante Leistungen, weil die meisten es sich wünschen, zu Hause gepflegt zu werden. Altersverwirrte Menschen und Menschen mit Demenzerkrankungen können besser versorgt werden, weil es für ihre Betreuung bis zu 2.400 Euro im Jahr geben wird. Künftig sollen sich die Pflegeleistungen an der

Preisentwicklung orientieren.

Die Pflegereform bringt bessere Qualität: Leistungen werden besser kontrolliert. Pflegekassen, Kommunen und Pflegeeinrichtungen vereinbaren gemeinsame Grundsätze zur Qualitätssicherung. Die Einrichtungen werden regelmäßig überprüft und die Prüfergebnisse veröffentlicht.

Die Pflegereform bringt bessere Betreuung: Pflegebedürftige können sich künftig an Pflegestützpunkte in ihrer Nähe wenden und die Unterstützung und Begleitung durch Pflegeberater in Anspruch nehmen. Berufstätige Angehörige erhalten einen Anspruch von 6 Monaten unbezahlter Pflegezeit.

Es bleibt bei der solidarischen Finanzierung der Pflegeversicherung. Um die nötigen Mittel zur Verbesserung der Leistungen und Strukturen aufzubringen, wird es eine maßvolle Erhöhung der Beiträge um 0,25% auf 1,95% geben. Eine einkommensunabhängige Kopfpauschale haben wir abgelehnt. Unser Ziel bleibt die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zur Bürgerversicherung. Die Reform trägt unsere sozialdemokratische Handschrift. Zweite und dritte Lesung sind nun im Deutschen Bundestag für den 14.3.2008 geplant. Damit könnte die Pflegereform am 1. Juli 2008 in Kraft treten und den Menschen zu Gute kommen.

Abgeordnete im Gespräch mit Personalräten

Hiller-Ohm, Hagedorn und Thönnnes treffen Personalräte von BA und ARGEN



Am 25. Februar trafen die SPD-Bundestagsabgeordneten Gaby Hiller-Ohm (Lübeck), Bettina Hagedorn (Ostholstein) und Franz Thönnnes (Segeberg/Stormarn-Nord) im Lübecker Rathaus mit den Personalräten der Bundesagentur für Arbeit und der ARGEN von Lübeck und Bad Oldesloe zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Umsetzung des Sozialgesetzbuches II und der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Auch die aktuelle Personalsituation, die Entfristung befristeter Stellen und die Qualifizierung der Mitarbeiter standen auf der Tagesordnung.

Konservative Mehrheiten brechen

Für neue sozialdemokratische Gestaltungschancen



Vielerorts sind bereits die Nominierungen unserer Kandidatinnen und Kandidaten erfolgt und die Wahlprogramme erfolgt. Die ersten Aktionen haben teilweise schon stattgefunden. Unsere zentralen Inhalte in der Schul-, Jugend- und Betreuungspolitik, der sozialen Gerechtigkeit in der Kommune, der Stärkung unserer wirtschaftlichen Kraft mit der Schaffung von neuer Arbeit und Ausbildung sowie einer nachhaltigen Umwelt- und Klimapolitik sind die richtigen Themen.

Mit Jutta Hartweg als Landratskandidatin im Kreis Segeberg und Susanne Danhier als Bürgermeisterkandidatin in Bargteheide haben wir zwei kompetente Bewerberinnen für verantwortungsvolle Positionen. Ich bin mir sicher, wir werden mit ihnen erfolgreich sein, wenn wir engagiert und mit vollem Einsatz für ihre Wahl werben und kämpfen. Ihr Erfolg wird unser gemeinsamer Erfolg sein.

Da ich, wie in der Vergangenheit, gerne auch vor Ort den Wahlkampf unterstützen will - wie z.B. bei den Veranstaltungen zur Kinderarmut am 26.3. um 19.00 Uhr im Bürgerhaus in Kaltenkirchen, am 28.3. ab 15.00 Uhr beim Infostand auf dem Bargteheider Markt, am 4.4. beim Rotkohlessen um 19.00 Uhr im Gemeindehaus in Oersdorf, am 7.4. um 19.00 Uhr zum Thema „Familie und Kinder“ mit unserer ehemaligen Familienministerin Renate Schmidt im Festsaal am Falkenberg in Norderstedt und mit ihr am gleichen Tag um 11.30 Uhr beim Besuch des AWO-Kindergartens in Bargteheide und anderen bereits bestehenden Verpflichtungen in beiden Kreisen und im

Land - kann ich für den Wahlkampf noch folgende Termine für Veranstaltungen oder Infostände anbieten:

Samstag, 15.3. von 10.00 bis 14.00 Uhr; Donnerstag 27.3. von 19.00 bis 22.00 Uhr; Samstag, 5.4. von 10.00 bis 14.00 Uhr; Samstag 12.4. von 10.00 bis 14.00 Uhr; Samstag 19.4. von 10.00 bis 14.00 Uhr; sowie Samstag, 24. Mai von 10.00 bis 14.00 Uhr.

Bei Interesse nimmt Thomas Fritz im Bürgerbüro in Bad Segeberg (Kontakt siehe Seite 8) gerne Meldungen entgegen. Sollten Anfragen zu anderen Terminen bestehen, so werden auch diese geprüft und schnell beantwortet.



Jutta Hartweg und Susanne Danhier: kompetente Kandidatinnen für die SPD

Gut gefüllte (Lohn)tüten



Mit gut gefüllten Brötchentüten für gerecht gefüllte Lohntüten waren am Samstag, den 9. Februar die Itzstedter Sozialdemokraten vor der Bäckerei an der B 432 für Mindestlöhne. Auf dem Foto v.l.n.r. Helmut Thran, SPD-Landratskandidatin Jutta Hartwig, Franz Thönnnes und Andrea Schuster.

Mit einem Glücksrad wurden gut 100 Gewinner für die mit vier oder acht Brötchen gefüllten Tüten ermittelt. Am

Infostand erfuhren die Sozialdemokraten in den Gesprächen viel Zustimmung zur Forderung nach gesetzlich geregelten Mindestlöhnen. 380.000 Vollzeitjobber erhalten derzeit ein so geringes Einkommen, dass sie Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II haben. Hartwig: „Diese Mittel werden von allen Steuerzahlern erbracht und vielfach helfen dabei auch die Kommunen noch mit der Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung.“

Da das Einkommen im Alter das Einkommen während des Erwerbslebens spiegelt, bestehe außerdem für die Zukunft das Risiko von Altersarmut, erklärte Thönnnes. „Dann werden die öffentlichen Kassen später ein zweites Mal zahlen müssen, wenn die Betroffenen ihr Recht auf Grundsicherung geltend machen.“ Es könne deshalb nicht angehen, dass sich einige Arbeitgeber mit unfairen Löhnen Vorteile zu Lasten der Arbeitnehmer, der Steuerzahler und der anständig zahlenden Unternehmer verschafften.

SPD-Sprecher Helmut Thran zeigte sich zudem erfreut darüber, dass zunehmend auch jene Arbeitgeber, die faire Löhne zahlen, Mindestlöhnen zustimmen, weil sie die Gefahr sehen, ansonsten mit Dumpinglöhnen und steuerlich finanzierten Zuschüssen aus dem Markt gedrängt zu werden.

OSTSEE-NEWS *** OSTSEE-NEWS *** OSTSEE-NEWS *** OSTSEE-NEWS

Thönnnes begrüßt norwegische Parlamentarier

Als Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe begrüßte Franz Thönnnes, gemeinsam mit Bundesminister Olaf Scholz, am Valentinstag eine Delegation der Norwegisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im Storting (geleitet von Sverre Myrli, 3. v. r.) im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Auf der Tagesordnung standen die deutsche Arbeitsmarktpolitik sowie die Klima- und Energiepolitik.



Erstes Arbeitsgruppentreffen in Berlin



Am 3. März traf sich die Arbeitsgruppe zu Arbeitsmarkt und sozialer Wohlfahrt der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Franz Thönnnes vorsitzt, zu ihrem ersten Treffen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Themen „Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte“ sowie „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen im Ostseeraum“. Dazu wird die Arbeitsgruppe einen Bericht sowie Empfehlungen für die Resolution der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz in Dänemark 2009 erarbeiten.

Werben für die Wehren

Drei SPD-MdBs beim Kreisfeuerwehrverband



Auf der Jahreshauptversammlung 2007 des Kreisfeuerwehrverbandes hatte Franz Thönnnes einen ausführlichen Meinungsaustausch mit den Repräsentanten der Freiwilligen Feuerwehren über deren Arbeit und die Förderung des Ehrenamtes zugesagt. Am 11. Januar konnten Kreiswehrführer Hans-Jürgen Berner und der Vorstand des Kreisfeuerwehrverbandes gleich drei SPD-Bundestagsabgeordnete im Kreisfeuerwehrzentrum in Bad Segeberg begrüßen. Thönnnes hatte seine ebenfalls im Kreisgebiet gewählten Kollegen Dr. Michael Bürsch (Amt Rickling und Boostedt) sowie Jörn Thießen (Bad Bramstedt und Bad Bramstedt Land) mit dazu gebeten.

Alle Beteiligten zeigten sich erfreut darüber, dass zwischenzeitlich mit dem Gesetz „Hilfen für Helfer“ ein Freibetrag von 500 € pro Jahr für alle ehrenamtlich Tätigen eingeführt worden ist, mit dem der ihnen entstandene Aufwand pauschal, ohne Vorlage von Einzelnachweisen, steuerlich geltend gemacht werden kann. Auch mit den getroffenen Regelungen zur Steuer- und Sozialabgabenfreiheit könne man gut leben.

Sorge bereite den im Feuerwehrwesen Aktiven jedoch die Einsatzfähigkeit der Wehren und deren Mitgliederentwicklung. In einem Viertel der 115 Wehren im Kreis werde die Sollstärke nicht mehr erreicht. Von den knapp 4000 Aktiven seien manche auch aufgrund der Entfernung des Arbeitsplatzes vom Wohnort tagsüber manchmal gar nicht verfügbar. Eine Imagekampagne soll jetzt die Attraktivität der Mitarbeit in den Freiwilligen Feuerwehren deutlich machen, für Männer wie für Frauen. Verstärkt soll auch bei Menschen mit Migrationshintergrund geworben werden, auch im Sinne besserer Integration in die Gemeinden.

Gemeinsam war man der Auffassung, dass die gesellschaftliche Aufgabe der Tätigkeit in den Freiwilligen Feuerwehren noch deutlicher werden müsse. Der Brandschutz sei nicht durch Berufswehren zu gewährleisten. Notwendig sei

das Engagement des Einzelnen in seiner Gemeinde. Die Abgeordneten sicherten dem Feuerschützern zu, sie bei ihren Bemühungen in Einwohnerversammlungen, Bürgermeisterrunden und kommunalen Gremien zu unterstützen.

Positiv bewertete Hans-Jürgen Berner, dass die Imagekampagne auch von den Unternehmensverbänden gefördert werde. Michael Bürsch erklärte, das Engagement von Mitarbeitern in den Feuerwehren könne für alle eine Win-Win-Situation werden: „Gerade die Aktiven verfügen vielfach über eine Breite von Kompetenzen aus ihrem Ehrenamt bis hin zur Führungsverantwortung, was auch für die Betriebe von Vorteil sein kann.“ Franz Thönnnes regte zudem die Kooperation mit Ganztagschulen zur Werbung an.

Zur Prüfung mit nach Berlin nahmen die drei SPD-Politiker die kritischen Anmerkungen von Hans-Jürgen Berner zur Unternehmenssteuerreform. Sie bereitet dem Feuerwehrverband im Bereich der Anschaffungen geringfügiger Wirtschaftsgüter Sorge. Gleiches gilt für die Anregung, bei der Planung von neuen Autobahnen die Kosten für die Sicherheitsgewährleistung auf der späteren Strecke gleich mit einzubeziehen.



Franz Thönnnes
dasein – zuhören – handeln

“10 Words“ - 10 Wörter

„Ten Words“ heißt eine beliebte Übung aus der amerikanischen Politik: Maximal zehn Wörter hat der Gefragte, um zu einem beliebigen Thema Stellung zu beziehen. Nicht im Detail, aber im Kern — nicht im Einzelnen, aber im Wesentlichen. Nicht, dass man alles aus der amerikanischen Politik ungefragt übernehmen sollte. Aber es mit dieser Herausforderung (selbst auf die Gefahr der Verkürzung) einmal aufzunehmen, muss erlaubt sein.



1. Was ist das **drängendste Problem** in Deutschland und warum?

Arbeitslosigkeit und Kinderarmut – zweieinhalb Millionen Kinder haben dauerhaft schlechtere Chancen.

2. „**Gute Arbeit**“ steht im Kern der SPD-Strategie für mehr soziale Teilhabe. Was ist darunter zu verstehen?

Gerechter Lohn bei guten Arbeitsbedingungen – damit Arbeit integriert, nicht ausgrenzt.

3. Die SPD tritt ein für einen gesetzlichen **Mindestlohn**. Warum?

Weil man von anständiger Arbeit auch anständig leben können muss.

4. Doppelte Frage: Ist ein **Mindestlohn** nicht ein Irrweg, da er erstens Arbeitsplätze und zweitens den Staat Geld kostet?

Nein — 20 EU-Mitgliedsstaaten zeigen: fairer Wettbewerb, Nachfrage und Rentenansprüche werden gestärkt.

5. Unsere Gesellschaft wird erfreulicherweise immer **älter**. Was erfordert das aus Sicht eines Arbeits- und Sozialexperten?

Gesunde Arbeit, lebensbegleitendes Lernen, flexible Rentenübergänge, generationengerechte Sozialsysteme und Infrastrukturen.

6. Franz Thönnnes hat 2007 in New York bei der Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention für die Europäische Union vor den Vereinten Nationen gesprochen. Worauf kommt es bei der **Integration behinderter Menschen** an?

Keine Zugangsdiskriminierungen zu Bildung, Arbeit und Teilhabe an der Gesellschaft.

7. Der Bundestag hat das **Gentechnikgesetz** verabschiedet. Was leistet die Neuregelung?

Die Regelung ist praxisnah, schützt dabei Verbraucher und schafft Wahlfreiheit.

8. Franz Thönnnes vertritt den **Kreis Segeberg/Stormarn-Nord**. Was zeichnet den Wahlkreis aus?

Nach vorne schauende Menschen, Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit, Lebensqualität und Natur...

9. 2008 sind in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen. In 10 Worten: Warum sollte man die **SPD** wählen?

Um sozialer Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Zusammenhalt eine Mehrheit zu geben.



Bürgerbüro

Oldesloer Straße 20
23795 Bad Segeberg
Tel.: 04551—968383
Fax.: 04551—967338

E-mail: buergerbuero@thoennes.de

Berliner Büro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
10557 Berlin

Tel.: 030—227—71128

Fax.: 030—227—76828

E-mail: franz.thoennes@bundestag.de

AUSGEWÄHLTE REDEN:

25.1. im Bundestag zu Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und flexiblen Rentenübergängen

31.1. in Norderstedt zu demografischen Herausforderungen für Unternehmen

12.2. in Berlin zur Notwendigkeit von Sozialberichterstattung

KOMMENDE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 18.3., 19:30 Uhr im Hotel Hamburger Hof, Festgestr. 27, Brunsbüttel-Süd: Veranstaltung des OV Brunsbüttel zum Mindestlohn

Mittwoch, 19.3., 19:00 Uhr im Schloss Reinbek, Schlossstr. 5: Verleihung des Olof-Palme-Preises

Mittwoch, 26.3., 19:00 Uhr im Bürgerhaus Kaltenkirchen, Friedensstr. 9: Informations- und Gedankenaustausch zum Thema Armut

Freitag, 4.4., 19:00 Uhr im Gemeindehaus Oersdorf, Dorfstr. 3: Rotkohlessen mit SPD-Landratskandidatin Jutta Hartwig

Montag, 7.4., 19:00 Uhr im Festsaal am Falkenberg, Norderstedt: „Familie und Kinder“ mit Renate Schmidt und Jutta Hartwig.

Mittwoch, 16.4., 19:00 Uhr im Stadtcafé Marne, Königstr. 8-10: Veranstaltung des OV Marne zum Mindestlohn

Mittwoch 16.4., verschiedene Orte: Unterwegs mit Andrea Nahles, Jutta Hartwig und der SPD-Bürgermeisterkandidatin Susanne Danhier.

**Besucherrekord bei Franz Thönnnes in Berlin
1785 Gäste aus der Region**

„Die magischen 2000 haben wir fast erreicht“ - so kommentierte Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär die Bilanz seiner Besucher aus den Kreisen Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg 2007 in Berlin.

1785 Gäste haben Thönnnes und sein Berliner Team in diesem Jahr in Berlin betreut. Dazu gehörten vor allem zahlreiche Schulklassen aus der Region, die das Reichstagsgebäude besuchten, an einer Infoveranstaltung oder Plenarsitzung im Deutschen Bundestag teilnahmen und danach mit Franz Thönnnes diskutierten. Aber auch viele Einzelbesucher oder Kleingruppen von Verbänden und Vereinen aus seinem Wahlkreis konnte Thönnnes 2007 nach Hausführung und Kuppelbesuch begrüßen. Zweimal in diesem Jahr lud Thönnnes

50 politisch Interessierte aus Segeberg und Stormarn zu einem dreitägigen Mix aus Politik und Kultur ein.

„Mein politisches Motto ist *Da sein - zuhören - handeln*. Umso mehr freut mich der gute Kontakt zu so vielen Menschen aus meinem Wahlkreis und der Region, die die Gelegenheit nutzen, meinen politischen Arbeitsplatz in Berlin kennenzulernen und mich als Abgeordneten zu befragen. Die Zeit für diese Runden ist eine gute Investition in unsere Demokratie, deshalb freut es mich besonders, dass so viele junge Leute darunter sind“, bewertet Thönnnes den enormen Besucherzuspruch. Für 2008 ist die Nachfrage derweil unverändert groß: Für das erste Halbjahr haben sich bereits 1100 Besucher angemeldet, der Großteil davon Schülerinnen und Schüler.

www.thoennes.de



Stark im Norden!

IMPRESSUM

Herausgeber: Franz Thönnnes

Redaktion: Franz Thönnnes, Benjamin Seyd

Redaktionsadresse: Berliner Büro, Platz der Republik 1, 10557 Berlin